

Manuskript zum Vortrag des StEB vor dem Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Maintal am 21. März 2025

Situation Aktionsplan zur “Kita-Krise”:

- Vielen Dank für die eingeräumte Möglichkeit, vor dem HFA zu sprechen.
 - Erst einmal vorab die Nachricht, dass wir heute Mittag eine E-Mail von Frau Böttcher erhalten haben mit einem Gesprächsangebot für den 29. April 2025¹(nächste StEB-Sitzung). Das ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, für den wir sehr danken möchten.
 - Gleichzeitig möchten wir hier erklären, warum wir hier an die politischen Fraktionen appellieren und auch weiter auf diesem Weg bleiben wollen:
- Die Eltern sind empört, weil in allen bisherigen Stellungnahmen der Bürgermeisterin kein Entgegenkommen oder Gesprächsbereitschaft zu erkennen war. Gleichzeitig wird aber seitens der Stadtverwaltung schon mit der Umsetzung angefangen (z.B. beim Stopp der Vergabe städtischer Hortplätze)
- Wir unterstützen das Ziel, mehr Plätze zu schaffen – Voraussetzung sind sorgfältige Planung und echte Einbindung aller Beteiligten. Für Familien steht dabei viel auf dem Spiel. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Der Stadtelternbeirat vertritt auch die Familien, die keinen Betreuungsplatz haben, will auch mehr Plätze schaffen und macht konkrete Vorschläge.
- Der Stadtelternbeirat hat deswegen ein Positionspapier mit detaillierten Fragen und Rahmenbedingungen für Erarbeitungsprozess und Endergebnis veröffentlicht und der Bürgermeisterin mit der Bitte geschickt, wieder in ein Sachgespräch zurückzufinden.

Appell an den HFA:

- **Wir möchten heute erklären, warum unsere Forderungen auch im Interesse der Stadt Maintal und für eine planbare Schaffung von Betreuungsplätzen wichtig sind.**
- Wir fordern als Stadtelternbeirat (1) Beteiligung und (2) Transparenz: Dies kommunizieren wir durchgehend seit unserer ersten Begegnung mit den Plänen der Bürgermeisterin.
- Dabei geht es nicht nur um die Zufriedenheit der Eltern:
 - **Ziele des Ausschusses? Planbarkeit, kein Verlust von Fachkräften und Betreuungsplätzen, keine Erhöhung des Rechtsrisikos.**
 - Beteiligung und Transparenz sichern den Erfolg eines Veränderungsprozesses und zahlen auf die Ziele Beteiligten im HFA sein. Wie tun sie das?
- Wie zahlt (Forderung 1) **Transparenz** auf die Ziele des Ausschuss ein?

¹ Uns wurde in der Stellungnahme nach unserem Vortrag von Bürgermeisterin Monika Böttcher bereits angekündigt, dass sie zu dem Termin Ende April keine Veränderungsmöglichkeiten sieht und die Pläne dort nur erläutern möchte.

- Offenlegung der Informationslage, Annahmen und Berechnungsgrundlagen zeigen Risiken und Unsicherheiten vorab und nicht erst in der Umsetzung.
- Eine Ausdetaillierung der Maßnahmen (“Wie würde das Hanauer Modell in Maintal wirken? Welche Anpassungen bräuchten wir an die Maintaler Situation?”) oder eine Erhebung und öffentliche Darstellung von Fakten findet seitens der Stadtverwaltung nicht statt. Stattdessen werden unbelegte Aussagen verbreitet, ein Beispiel folgt später.
- Wie zählt (Forderung 2) **Beteiligung** auf die Ziele des Ausschuss ein?
 - **Die Stadt will Hortplätze streichen und in Kita-Plätze umwandeln – doch ohne klare Strategie. Fakt ist: Fachkräfte gehen, wenn sie nicht beteiligt werden.** Horterzieher wechseln nicht einfach so die Altersgruppe. Das sagten uns Leitungskräfte und das sagen die Fachkräfte im persönlichen Gespräch.
 - Wir konnten nachweisen, dass die Beteiligung nicht in angemessenem Rahmen stattgefunden hat. Die Kita-Leitungen hatten bis Ende Februar noch nicht einmal schriftliche Informationen. Die Kita-Leitungen können Maßnahmen also nicht klar kommunizieren und verlieren Glaubwürdigkeit.
 - **Hier lauert ein großes Risiko, dass wir beim derzeitigen Vorgehen des Magistrats netto Betreuungsplätze im Kita- und im Hortsystem verlieren.**
- Diese Arbeitsweise muss verändert werden, um einen Verlust des in Maintal sorgfältig aufgebauten Markenkerns (Qualität der Einrichtungen und guter Arbeitgeber für Erzieher) zu verhindern. Wir möchten deswegen hier darum bitten, fraktionsübergreifend Änderungen im Verfahren anstreben, um einen Verlust von Fachkräften zu verhindern.

Zu Öffnungszeiten:

- Wir Eltern tragen Lösungen mit, die plausibel und fachlich fundiert begründet werden. Unsere Unterstützung gibt es nur, wenn tatsächlich mehr Plätze entstehen und sich redlich Mühe gegeben wird, keine Familien im Regen stehen zu lassen.
- Das wird auch beim Thema Öffnungszeiten nicht getan. Uns werden aktuell keine Belege gezeigt, dass verkürzte Öffnungszeiten auch nur einen zusätzlichen Betreuungsplatz schaffen. **Die Bürgermeisterin behauptet, Betreuung in Randzeiten finde nur ‚auf dem Papier‘ statt. Tatsächlich funktioniert sie in 70 % der Kitas. Diese Fehlinformationen gefährden sinnvolle Lösungen.**
- Die Öffnungszeiten also für ganz Maintal pauschal um 2 Stunden zu reduzieren, entbehrt jeder Grundlage. Kita- oder wenigstens Stadtteil-spezifische Lösungen sind möglich. Wir fordern daher die Rücknahme der aktuell formulierten Maßnahme.

Schluss:

- **Wir stellen fest: Das bisherige Verhalten hat bereits viel Vertrauen verspielt. Wir wurden entgegen der “Pflichten des Magistrats in der gültigen Satzung für den Stadtelternbeirat” nicht (Zitat) “vor Eintritt in die konkrete Planungsphase (also Erstellung einer Magistratsvorlage)” schriftlich informiert.**

- Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung:
- Wir fordern eine Beteiligung des Stadtelternbeirats und wegen der Tragweite der Beschlüsse eine inhaltliche Beteiligung des Stadtparlaments. Aktuell ist für uns noch nicht einmal transparent, nach welchem Verfahren die Pläne beschlossen werden sollen.
 - Zugespitzt gefragt: Ist eine Änderung der Betreuungszeiten **ALLER** Kitas wie eine Änderung der Öffnungszeiten des Betriebshofs per einfacher Anordnung möglich? Hoffentlich nicht!
- Nehmen Sie bitte eine aktive und kritische Rolle ein und achten Sie auf eine ordentliche Beteiligung der Erzieherinnen und Erzieher, der Leitungskräfte und der Familien.
- Es geht nicht nur um eine Verwaltungsentscheidung – es geht um die Zukunft der Maintaler Familien. Lassen Sie uns gemeinsam eine Lösung finden, die für alle tragbar ist.

Zusammenfassung: Vorsprache des Stadtelternbeirats vor dem HFA

Die Eltern in Maintal sind verärgert über die Pläne der Stadtverwaltung zur Kita-Betreuung, da bisher kein Entgegenkommen oder Gesprächsbereitschaft seitens der Bürgermeisterin erkennbar ist. Während die Eltern grundsätzlich das Ziel teilen, mehr Betreuungsplätze zu schaffen, fordern sie eine sorgfältige Planung und die Einbindung aller relevanten Akteure um Überraschungen zu vermeiden. Der Stadtelternbeirat (StEB) hat daher ein **Positionspapier mit konkreten Fragen und Rahmenbedingungen** verfasst und an die Bürgermeisterin gesendet, um einen konstruktiven Dialog zu ermöglichen.

Vor dem Haupt- und Finanzausschuss (HFA) betont der StEB, dass Transparenz und Beteiligung essenziell für eine nachhaltige Lösung sind. **Beim Abbau des städtischen Hortangebots** führt die Missachtung dieser Grundsätze zu großen Risiken für die Familien ebenso wie für die Stadt:

- **Transparenz** würde Risiken frühzeitig sichtbar machen und eine fundierte Entscheidungsgrundlage schaffen. Die Stadtverwaltung liefert bisher jedoch keine belastbaren Daten oder eine detaillierte Analyse der Maßnahmen.
- **Beteiligung** ist entscheidend, um den Verlust von Fachkräften zu verhindern, denn Horterzieher wechseln nicht automatisch in andere Altersgruppen. Zudem erhielten Kita-Leitungen bis Ende Februar keine schriftlichen Informationen, was ihre Kommunikationsfähigkeit gegenüber Eltern und Mitarbeitern schwächt.

Besonders kritisch sehen die Eltern die geplanten Änderungen der Öffnungszeiten. Es gibt keine Belege, dass eine Verkürzung um zwei Stunden tatsächlich zusätzliche Betreuungsplätze schafft. Vielmehr funktioniert die Betreuung in Randzeiten in den meisten städtischen Kitas einwandfrei (entgegen anderslautenden Behauptungen der Bürgermeisterin vor dem Hanauer Anzeiger). Eine pauschale Reduzierung der Öffnungszeiten für ganz Maintal erscheint daher unbegründet, weshalb der StEB eine differenzierte, standortspezifische Lösung fordert.

Das bisherige Vorgehen der Stadt hat bereits Vertrauen zerstört. Der StEB wurde entgegen der geltenden Satzung der Stadt Maintal nicht rechtzeitig informiert und kritisiert die fehlende Transparenz über das Entscheidungsverfahren: „Wir stellen uns die Frage, ob hier per Anordnung der Stadtverwaltung Fakten geschaffen werden oder ob die Stadtverordneten noch inhaltlich eingebunden werden.“ Daher fordern die Eltern die Beteiligung des Stadtparlaments sowie eine aktive und kritische Rolle der Fraktionen, um eine gerechte und durchdachte Lösung für Familien, Erzieher und die Stadt Maintal zu gewährleisten.

Damian Kösters und Lisa Grein für den Stadtelternbeirat Maintal am 21. März 2025

Weitere Informationen und Updates: www.stadtelternbeirat-maintal.de